

Stellungnahme

5. Novellierung der Verpackungsverordnung

19. März 2007

Seite 1

Der BITKOM vertritt mehr als 1.000 Unternehmen, davon 800 Direktmitglieder mit 120 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Geräte-Hersteller, Anbieter von Software, IT- und Telekommunikationsdiensten sowie Content.

Präambel

BITKOM begrüßt einen Großteil der geplanten Anpassungen, die der Referentenentwurf vom 2. März 2007 vorsieht. In einigen wenigen Fällen könnten die geplanten Gesetzesänderungen jedoch die beabsichtigten Ziele verfehlen. Damit die fünfte Novellierung ein umwelt- und wirtschaftspolitischer Erfolg werden kann, sollten sämtliche Änderungen vor dem Hintergrund folgender Grundsätze formuliert werden:

- Die umweltpolitischen Ziele werden erreicht, weil alle Unternehmen die wirksamen und für alle geltenden Pflichten einhalten (Effektivität).
- Dank praktikabler Vorgaben stehen Unternehmen nicht vor einem unverhältnismäßig hohen Kosten- und Verwaltungsaufwand (Effizienz).
- Angesichts eindeutiger und unmissverständlicher Regelungen haben Unternehmen die Gewissheit, sich gesetzeskonform zu verhalten (Rechtssicherheit).
- Die nach der VerpVO verpflichteten Unternehmen sind an einer zentralen, öffentlich zugänglichen Stelle namentlich gemeldet (Markttransparenz). Zudem stellen Stichproben sicher, dass Unternehmen den Anreiz verlieren, sich vor den Verpflichtungen zu drücken (Vollzug).

Vor diesem Hintergrund sind auf den nächsten Seiten die aus BITKOM-Sicht folgenden Herausforderungen zusammengestellt:

- **Vollständigkeitserklärungen:** Einführung von umweltpolitisch sinnvollen und wirtschaftlich praktikablen Vollständigkeitserklärungen (§ 10)
 - Umfang der Datenanforderungen gemäß Meldungserstellung an duale Systeme
 - Pflicht zur Vollständigkeitserklärung ausschließlich für Verkaufsverpackungen an der Anfallstelle „Private Haushalte“
 - Verschiebung der Abgabefrist für die erste Vollständigkeitserklärung
- **Kennzeichnungspflicht:** Wegfall der Kennzeichnungspflicht nach Anhang I 3.(2)

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
+49. 30. 27576-0
Fax +49. 30. 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Philipp Karch
Bereichsleiter
Umwelt und Nachhaltigkeit
+49. 30. 27576-231
Fax +49. 30. 27576-400
p.karch@bitkom.org

Präsident
Willi Berchtold

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Stellungnahme

5. Novellierung der VerpVO

Seite 2

1. Vollständigkeitserklärungen: Einführung von umweltpolitisch sinnvollen und wirtschaftlich praktikablen Vollständigkeitserklärungen (§ 10)

Transparente Vollständigkeitserklärungen haben das Potenzial, den Aufsichtsbehörden einen Überblick über das Aufkommen der Verpackungen zu geben. Damit sich die Vollständigkeitserklärungen in der Praxis auch bewähren können, sollte unbedingt geklärt werden, welche Datenanforderungen vor dem Hintergrund umweltpolitischer Notwendigkeit und betriebswirtschaftlicher Machbarkeit angemessen sind. Folgende Fragen sind zu klären, bevor Anforderungen formuliert werden können:

- Sind Vertriebswege nachvollziehbar und somit darstellbar? Inwieweit kann eine in Verkehr gebrachte Verpackung nach Durchlaufen der verschiedenen Handelsstufen noch eindeutig einem dualen System bzw. einem Selbstentsorger zugeordnet werden?
- Wie kann Praktikabilität bzw. Umsetzbarkeit gewährleistet werden? So müssen die angeforderten Daten prinzipiell ermittelbar sein

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen drängen sich folgende Empfehlungen auf:

1.1. Umfang der Datenanforderungen gemäß Meldungserstellung an duale Systeme

Die im Rahmen der Vollständigkeitserklärung zu liefernden Daten sollten den im Rahmen der Meldungserstellung an duale Systeme zu erhebenden Daten entsprechen. Über die vorliegenden Daten hinausgehende Anforderungen würden die Unternehmen unnötig belasten und keinerlei Mehrwert hinsichtlich der abfallwirtschaftlichen Ziele (§ 1) erbringen.

1.2. Pflicht zur Vollständigkeitserklärung ausschließlich für Verkaufsverpackungen an der Anfallstelle „Private Haushalte“

§10 (1) lässt vermuten, dass sich die Verpflichtung zur Vollständigkeitserklärung nur auf jenen Anteil der Verkaufsverpackungen erstreckt, der gemäß der Schnittstelle Lizenzierung einem dualen System zugeordnet ist.

Die Referenz zu §7 in §10 (2) ist daher verwirrend und sollte klarer formuliert werden. Es ist zwar möglich, dass sich die Pflicht zur Vollständigkeitserklärung auch für den nicht beim privaten Endverbraucher anfallenden Verkaufsverpackungsanteil gilt, im Sinne einer Marktüberwachungsoption ist dies aber nicht zielführend.

Denn Vertreiber von Verkaufsverpackungen können ihren Verpflichtungen an der nicht-privaten Anfallstelle auf zweierlei Arten nachkommen:

- Beauftragung eines Dritten
- Dezentrale, individuelle Vereinbarung zwischen Vertrieb und Kunde

Stellungnahme

5. Novellierung der VerpVO

Seite 3

Im zweiten Fall können in der betrieblichen Praxis keine Rücknahmestatistiken erhoben werden, da die Rücknahmevorgänge an keiner zentralen Stelle erfasst werden (und auch nicht müssen); ein Prüfer könnte hierbei demzufolge lediglich qualitativ bescheinigen, dass anderweitige Vereinbarungen getroffen wurden.

1.3. Verschiebung der Abgabefrist für die erste Vollständigkeitserklärung

§ 17 gibt die Abgabefrist für die erste Vollständigkeitserklärung mit dem 1. Oktober 2008 an. Dies würde bedeuten, dass die erste Vollständigkeitserklärung für einen Zeitraum einzureichen wäre, der zumindest teilweise vor Inkrafttreten der 5. Novelle läge (nämlich für das Kalenderjahr 2007). Damit müsste die Vollständigkeitserklärung für einen Zeitraum erstellt werden, für den die notwendigen Daten nicht vorliegen. BITKOM schlägt daher vor, die 1. Vollständigkeitserklärung bis zum 1. Mai 2009 für das Jahr 2008 festzusetzen.

2. Wegfall der Kennzeichnungspflicht nach Anhang I 3.(2)

Anhang I 3.(2) des Entwurfs fordert, dass Hersteller und Vertreiber die Beteiligung an Systemen nach § 6 durch Kennzeichnung der Verpackung oder andere geeignete Maßnahmen kenntlich zu machen haben. Ein Großteil der ITK-Produkte ist aber sowohl für den privaten als auch den gewerblichen Bereich vorgesehen und kann somit an beiden Anfallstellen anfallen. Eine Kennzeichnung der einzelnen Verpackung hat somit keine Aussagekraft darüber, ob diese individuelle Verpackung einem dualen System gemeldet ist oder nicht. Eine Kennzeichnung ist daher kein wirksames Mittel gegen das Trittbrettfahrertum – sie würde vielmehr zu den bekannten wettbewerbsrechtlichen Verzerrungen führen. BITKOM schlägt daher vor, die Kennzeichnungspflicht nach Anhang I 3.(2) zu streichen.